BRUCHSTELLEN

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien *Nummer 74 / Jahr 7* *Wien, September 2021*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Deutschland] Uns nicht zerbrechen lassen – antipatriarchale Solidarität gegen Räumung und Repression

quelle: schwarzerpfeil.de



Am 09. Oktober 2020 wurde das anarchistisch-queer-feministische Hausprojekt „Liebig34" geräumt. Dabei wurden von den Cops 57 FLINtA+ Personen aus dem Haus gebracht. Zwei Verteidigenden wird nun „Widerstand" vorgeworfen.

Medien stellen die Verteidigenden als komisch, seltsam, schmutzig, unsittsam und unpolitisch dar. Die radikale Tätigkeit von FLINTA+ Personen soll damit ins Lächerliche gezogen werden. So wird der ansonsten hochgelobten ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung entwichen. Zeigen tut diese patriarchale Darstellungsweise die Unintegrierbarkeit anarchistisch-queer-feministischer-Positionen in den langweiligen und ekelhaften Diskurs, sowie die Notwendigkeit der praktischen Verteidigung dieser radikalen Position, unabhängig von der patriarchalen Reaktion. Das Aberkennen vom rebellischen Wirken von FLinta+ Personen lässt sich aber nicht nur in bürgerlichen und reaktionären Medien, sondern auch unter Gefährt*innen finden. Deshalb sind für die Entfaltung eines antagonistischen feministischen Kampfes Orte wie die Liebig34, gerade auch um sich mit diesen patriarchalen Verhaltensweisen unter Gefährt*innen auseinderzusetzten, essentiell. Die Räumung der Liebig34 sollte die Entstehung der alles in Frage stellenden feministischen Bewegung im Keim ersticken.

Die Repression gegen die Liebig34 richtet sich nicht nur gegen Besetzung als Mittel im Häuserkampf, sondern darüber hinaus gegen einen unangepassten, lauten, schmutzigen, radikalen, queeren Feminismus, der keine Integration oder Inklusion in die Dominanzgesellschaft will und nix fordert. Dieser nicht vereinnahmbare Teil feministischer Bewegung bekommt logischerweise die volle Härte von Repression zu spüren, alles was tatsächlich den elendigen patriarchalen Normalzustand benennt und angreift ist eine Gefahr für ihn. Die medial auffälig häufige verwendete Bezeichnung von radikalen Orten als „Symbol" hat die Wirkung, dass Bewegung durch die Zerstörung ihrer Orte auslöschbar erscheint. Doch der anarchistisch-queer-feministische Kampf und die Liebig34 leben, wie beispielsweise die auf die Räumung folgende Randale Nacht und die Besetzung der „Dete" in Bremen zeigen. Deutlich zu machen, dass der Kampf weiter geht, ist unabdinglich um die inszenierten Beerdigung von anarchistisch-queer-feministischer Bewegung als unmöglich zu erklären.

Der Räumung der Liebig34 sowie der patriarchalen medialen Darstellung des Widerstands folgt nun die juristische Repression. Wege, nicht ohnmächtig den kapitalistisch-patriarchalen Angriffe auf Räume der Selbstermächtigung zu erliegen, sollen mit Angst vor möglicher Repression verbaut werden. Um unter diesen Druck von Staat, Kapital und den mit ihnen konformen Medien nicht zu zerbrechen, ist Solidarität unerlässlich.

Für einen anarchistisch-queer-feministischen Kampf werden Anerkennung, Wertschätzung, Bestärkung und Ermutigung gebraucht – schenken wir uns gegenseitig das, was das System uns nie geben wird!

Antipatriarchale Solidarität mit den Angeklagten!!

Die Gerichtstermine:
Donnerstag, 02.09. 12:00 Uhr
Donnerstag, 16.09. 09:00 Uhr,
beide Male im Amtsgericht Turmstraße 91, 10559 Berlin.

[Schweiz] Von den Strukturen ermordet

quelle: schwarzerpfeil.de

In Gedenken an K., 2018 in Ausschaffungshaft gestorben, wurde am Gefängnis Bässlergut [Schweiz] eine Nachricht hinterlassen.

Die angeklagten Wärter*innen, die K. bei ihrem Tod zuschauten, anstatt Hilfe zu leisten, wurden alle freigesprochen. Wärter*innen, die dem Tod einer nhaftierten tatenlos zuschauen sind abscheulich, verantwortlich sind aber nicht nur sie. Die Suizidrate unter Gefangenen in der Schweiz ist 26mal höher als im Rest der Bevölkerung. Es ist deshalb absurd bei inhaftierten Personen, die sich das Leben nehmen, von Selbstmord zu sprechen. Es sind das Gefängnis und die Ausschaffungsmaschinerie, die tödlich sind.

Feuer dem Gefängnis! Feuer den Abschiebebehörden! Feuer der Justiz!

Unsere Solidarität geht zu Nafih Erenulug, der zur Zeit im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut im Hungerstreik ist. Wir wünschen dir viel Kraft!



ANARCHIST DEFENCE FUND
neue website!!! afund.info

Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

[Indonesien] Mantra Apokalips braucht Spenden für die Veröffentlichung ihrer nächsten Ausgabe

quelle: mantra apokalips patreon, übersetzt von abc wien

Mantra Apokalips ist eine öko-anarchistische Zeitschrift mit Sitz in Indonesien. Bis August 2021 haben wir 2 Ausgaben herausgebracht, von denen eine gedruckt wurde. Als Zeichen unserer antikapitalistischen Haltung veröffentlichen wir immer pdf-Versionen aller unserer Publikationen kostenlos. Allerdings leben wir immer noch in einer kapitalistischen Welt, so dass der Prozess des Sammelns und Editierens von Materialien eine Menge Geld erfordert.

Unsere Zeitschrift ist nur in indonesischer Sprache erhältlich, aber wir hoffen wirklich auf jegliche Unterstützung, auch finanzieller Art, von Anarchist*innen auf der ganzen Welt, damit wir Mantra Apocalips weiterführen und anarchistische Ideen in Indonesien verbreiten können.

In naher Zukunft planen wir, mit der Arbeit an der dritten Ausgabe zu beginnen, und wenn wir genug finanzielle Unterstützung bekommen, werden wir eine große Anzahl von Magazinen drucken und diese kostenlos an verschiedene radikale Gruppen in Indonesien verteilen. Außerdem planen wir, Podcasts zu starten, Artikel zu übersetzen und Netzwerke mit radikalen Communities in anderen Ländern der südlichen Welt aufzubauen, um unseren Traum von der Entwestlichung („dewesternization") des Anarchismus zu verwirklichen.

Keep in touch with us at: Apokalips(@)riseup(.)net and www.apokalips.noblogs.org
Patreon: https://www.patreon.com/mantraapokalips

[Italien] Andreas Krebs braucht dringend unsere Solidarität!

quelle: schwarzerpfeil.de



Unserem Freund Andi geht es zunehmend schlechter. Er ist nun seit mehr als vier Jahren in Neapel inhaftiert und leidet seitdem an den Folgen seines immer noch unbehandelten Krebs. Er wird von Tag zu Tag schwächer und fühlt sich nur noch miserabel. Darüber hinaus lässt die Anstalt immer wieder Briefe verschwinden, behält Post ein oder verzögert die Ausstellung von Briefen um viele Wochen. Andi hat erst nächstes Jahr sein Revisionsverfahren in Rom, doch es ist bei seinem derzeitigen gesundheitlichen Zustand komplett ungewiss, ob er diesen Tag noch erleben wird. Er hat in den letzten Monaten extrem an Gewicht verloren und hat andere Symptome einer ernsthafter Krebserkrankung. Ein unbehandelter Krebs kann nach vier Jahren jederzeit tödlich sein… und der Staat will, dass Andi stirbt. Andi stirbt einen langsamen Tod und es interessiert den (italienischen und den deutschen) Staat einen Dreck.

Wir erwarten von dem Staat weder Gerechtigkeit noch Fürsorge, doch die Umstände, die Andi gezwungen ist zu erdulden sind auch für uns immer wieder schockierend und es scheint unglaublich, dass mitten in Europa einem Inhaftierten jegliche ernsthafte medizinische Versorgung verweigert wird. Mal dient sein Status als angeblicher „linker Terrorist" als Begründung, warum er nicht ins Krankenhaus kann, dann die Überlastung durch die Corona-Pandemie, dann wieder irgendwelche bürokratisch-jursitischen Verklausulierungen und dann wieder seine rebellische Haltung.

Der Staat war und ist schon immer ein Mörder gewesen und schreckt vor keinem Massaker zurück. Im März 2020 sind in Italien bei Knastrevolten insgesamt 25 Gefangene von Staatsdienern ermordet worden, alleine neun im Gefängnis von Modena – ein in der Geschichte Italiens unvergleichbares Ereignis. Zeitgleich wurden in dem Gefängnis Santa Maria Capua Vetere, wo Andi zuvor absaß, Gefangene systematisch gefoltert und kollektiven Strafen und Erniedrigungen wie dem Abrasieren der Kopfhaare ausgesetzt. Wenn der Staat mit Rebellionen und Revolten konfrontiert ist, schreckt er vor keiner Bluttat zurück – das hat nicht zuletzt das Massaker am Piazza Fontana 1969 in Mailand gezeigt.

Andi hat während seiner 21 Jahre andauernden Einsperrung in deutschen und italienischen Knästen immerzu auf seine eigene Art gekämpft und rebelliert, hat Protestaktionen organisiert und dem Staat immerzu die Zähne gezeigt. In dieser Zeit und in seiner Zeit auf freiem Fuß ist Andi unser Freund geworden. Seitdem er wieder in Italien inhaftiert ist, versuchen wir ihn und seine Freundin Jutta emotional, finanziell und sozial zu unterstützen.

Andis momentaner Zustand sieht alles andere als gut aus, deswegen wollen wir einerseits alle Freund*innen und Unterstützer*innen von Andi aufrufen (und auch sonst alle Feind*innen von Staat und Justiz) ihm Briefe, Postkarten, Bücher und Zeitschriften zu schicken, um ihm zu zeigen, dass er nicht vergessen ist und Informationen über seine Lage an unsere Ohren dringen. Andererseits wollen wir hier noch einmal klar und deutlich festhalten: Wenn Andi stirbt, war es der Staat, der ihn ermordet hat. Das soll keine rhetorische Floskel oder Metapher sein, sondern ist Tatsache. In den letzten vier Jahren wurde in unzähligen Dokumenten im Internet und auf Papier auf seinen tragischen gesundheitlichen Zustand hingewiesen und sowohl sein Anwalt als auch Untertsützer*innen haben den Staat etliche Male aufgefordert Andi medizinisch zu versorgen und seinen Krebs zu behandeln. Doch von der deutschen Botschaft bis zum obersten italienischen Gericht bis zum Anstaltsarzt hat niemand etwas unternommen. Die medizinische Versorgung wurde konsequent unterlassen. Manchmal haben Ärzte ein großes Tamtam gemacht, doch keiner von ihnen hat gehandelt. In den letzten Jahren wäre es kein größeres medizinisches Problem gewesen, Andis Krebs zu entfernen. Jetzt schon! Wir gehen davon aus, dass es die explizite mündliche Anweisung gab und gibt, Andreas sterben zu lassen… weil er er ist, wer er ist und aus seinen Ideen und seiner revolutionären Haltung nie einen Hehl gemacht hat.

Wenn Andi stirbt, war es der Staat, der ihn ermordet hat und wir werden wissen, gegen wen wir unsere Wut richten werden.

Schreibt Andi an folgende Adresse und schickt ihm Zeitungen oder Bücher:

Krebs Andreas
Sezione 3 Stanza 1
S.A.I.
Via Roma Verso Scampia 350
CAP 80144 (NA)
– ITALY –

Wenn ihr sein Buch „Der Taifun" bestellen wollt, schreibt an:
andreaskrebs@riseup.net

Wenn ihr Andi finanziell beim Kauf von Lebensmiteln und Medikamenten unterstützen wollt, überweist eine Spende an:

Empfänger: Krebs
IBAN: DE 90 1005 0000 1067 1474 26
BIC: BELADE BEXXX
Verwendungszweck: Spende/Andreas Krebs



[Deutschland] Thomas Meyer-Falk: Statement für die Soliwoche & Über ein Buch mit Gefangenentexten aus der JVA Dresden



Statement für die Internationale Woche der Solidarität mit Anarchistischen Gefangenen 23. – 30. August 2021

Für eine Gesellschaft frei von Herrschaft zu streiten und zu kämpfen kann dazu führen, dass Menschen in die Verliese der jeweiligen Regime geworfen werden. Dort sollen die Körper auf engstem Raum eingesperrt und der widerständige Geist in Ketten gelegt, an die kahlen Betonwände geschmiedet werden.

Wer nicht bereit ist sich zu unterwerfen, dem droht eine lange, eine sehr lange Zeit hinter Gittern. Aber es sind Aktionswochen wie jetzt im August 2021, die ein Band knüpfen zwischen den Menschen vor und jenen hinter den Gefängnismauern. Eine Verbundenheit zwischen Menschen, deren Herz für Befreiung und für Freiheit schlägt.

Eine der Herausforderungen scheint mir zu sein, eine lebendige Solidaritätsbewegung über sehr lange Zeiträume intakt zu halten, denn auch wenn immer mehr Staaten offiziell auf die Todesstrafe verzichten, gehen sie dazu über Menschen auf Jahrzehnte hin wegzuschließen. Was für manche als eine noch viel schlimmere Strafe erscheinen mag, die schier ewig dauernde Wegsperrung. Um den Menschen in den Knästen zu helfen die Hoffnung am pulsieren zu halten, aber auch zugleich jenen Genoss*innen die aktiv vor den Mauern kämpfen die Gewissheit zu geben, sie werden niemals vergessen werden, können Aktionswochen ein essentielles Mittel der Bekräftigung sein!

Ich selbst wurde im Oktober 1996 verhaftet, nach Stuttgart-Stammheim eingeliefert, und saß die ersten 11 Jahre in Isolationshaft (in der Gesetzessprache hieß das „Einzelhaft: unausgesetzte Absonderung von anderen Insassen“). Obwohl die ein-/ausgehenden Briefe von der Knastleitung mitgelesen, vielfach auch kopiert wurden, waren diese Briefe ein Band zu den Menschen draußen. Das hat solch eine Kraft gegeben, in Worten lässt sich dies nicht wirklich beschreiben.

Je öfters heutzutage auf konkrete physische Gewalt in den modernen Kerkern verzichtet werden mag, umso mehr geraten Hoffnungslosigkeit, Verlassenheit, Isoliertheit zu den Waffen des Regimes mit welchem die Genoss*innen zerbrochen werden wollen.

Dem etwas lautstarkes und kämpferisches entgegen zu setzen, auch dafür steht in meinen Augen die „Week of Solidarity“.

Über ein Buch mit Gefangenentexten aus der JVA Dresden

Im Frühjahr 2021 erschien im Verlag NOTschriften ein fast 300 Seiten umfassendes Buch, welches aus einer Vielzahl von Artikeln besteht, welche Inhaftierte, sowie einige der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in den Jahren 2001 bis 2020 für die Gefangenenzeitung der JVA Dresden, „Der Riegel“, verfasst hatten.

Als Herausgeber*innen zeichnen verantwortlich Lydia Hartwig, eine ehrenamtlich in der Anstalt tätige Sozialpädagogin, sowie Prof. Ulfrid Kleinert, seit 2000 Vorsitzender des Beirats der JVA Dresden und Redaktionsmitglied von „Der Riegel“.

Nach Sachbereichen geordnet, werden in sieben Kapiteln Einblicke in „Kultur und Kunst“, „Knastalltag“, „Das Personal der JVA“ ebenso gewährt, wie in so prekäre Lebensbereiche, wie den allgegenwärtigen Umgang mit Drogen im Haftalltag, der Menschenwürde, aus Sicht der Inhaftierten, aber auch ganz elementaren, existentiellen Gefühlen, wie dem der Angst! Gerade die Angst der Gefangenen vor anderen Gefangenen wie auch vor sich selbst, ebenso vor dem Personal und vor der Welt vor den Mauern, wie auch die Ängste der Menschen außerhalb des Gefängnisses vor den Gefangenen, so mein Eindruck nach vielen Jahren der eigenen Inhaftierung, verdient entsprechende Beachtung.

Erfreulicherweise wird ebenfalls auf das Leben von ehemaligen Inhaftieren nach der Haft eingegangen. So finden sich Texte im Unterkapitel „Entlassung“, die ganz lebensnah und authentisch davon berichten, wie sich der Weg zurück in die Welt vor den Gefängnismauern gestaltet, wie es ist, dann mit einigen Euro in der Tasche, an einem regnerischen Tag vor den Mauern zu stehen.

Im Kapitel „Fachtagungen“ werden Texte rund um die u.a. von dem Verein Hammer Weg e.V. veranstalteten Tagungen präsentiert. Der Verein ist benannt nach der Strasse an der die Haftanstalt ihren Sitz hat. Wie man in dem Buch erfährt, ist der Hammer Weg seinerseits nach dem Dresdner Dichter Friedrich Julius Hammer benannt, gestorben vor nun bald 160 Jahren. Der Verein bietet Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Betreuer*innen an, welche jeweils unter einem bestimmten Leitgedanken stehen. 2003 ging es um „Freiheit- und was dann?“, sieben Jahre später um die „Konfliktwahrnehmung und –bewältigung im familiären Umfeld bei Inhaftierung und in Freiheit“. Vieles kann nur angedeutet werden, und die Gefangenen sind auch keine professionellen Journalist*innen, sie schreiben aus ihrer Betroffenenperspektive, oftmals auch verallgemeinernd, Stereotypen folgend, aber immer authentisch. Dass im letzten Kapitel auch der poetischen Ader der gefangenen Menschen Platz eingeräumt wird durch den Abdruck von Gedichten, in denen die existenziellen Fragestellungen des Lebens verhandelt werden, ist besonders erfreulich.

Wer einen ziemlich ungeschminkten Einblick in den Haftalltag, die Sorgen, Nöte, aber auch Wünsche und Hoffnungen von Gefangenen im 21. Jahrhundert, hier mitten aus der sächsischen Hauptstadt bekommen möchte, findet in dem Buch viele Antworten. Da schadet es dann letztlich auch nicht, wenn das Buch nicht ohne Vorwort der Justizministerin auskommt, wobei in einzelnen Beiträgen durchaus hin und wieder ein Fehlen von kritischer Distanz zu beklagen ist.

Bibliografische Angaben:
„Ein deutsches Gefängnis im 21. Jahrhundert“
Hrsg. U. Kleinert/L. Hartwig
Verlag: NOTschriften (https://www.notschriften.de)
ISBN: 978-3-948935-14-6
Preis: 12,90 €

Thomas Meyer-Falk
z.Zt. JVA (SV)
Herman-Herder-Str. 8
D-79104 Freiburg
Deutschland

https://freedomforthomas.wordpress.com

[Italien] Feurige Revolte im Zentrum für Migrant_innen in Pozzallo

quelle: schwarzerpfeil.de

Am Sonntag, den 18. Juli, gegen 18.30 Uhr, brach im Hotspot von Pozzallo auf Sizilien (Provinz Ragusa) ein Feuer aus, nachdem einige Migrant_innen ihre Matratzen in Brand gesetzt hatten. Der Hotspot der Europäischen Union beherbergte etwa einhundert Migrant_innen, darunter zwanzig Minderjährige, die vor kurzem mit behelfsmäßigen Booten in Italien angekommen waren. Sie wurden für die Dauer ihrer Covid-Quarantäne in diesem Gebäude eingesperrt und sollten dann in andere Arrestzentren auf Sizilien weitergeleitet werden.

Das Hauptgebäude wurde durch das Feuer außer Betrieb gesetzt und die Präfektur „rehabilitierte“ sofort das alte Gebäude für die Frauen und verlegte außerdem etwa zwanzig Migrant_innen nach Cifalì, wodurch sich die Gesamtzahl auf 78 erhöhte. Dank des Feuers konnten 36 Migrant_innen aus dem Hotspot Pozzallo entkommen, wovon 7 allerdings wieder geschnappt wurden.

[Chile] Keine Minute des Schweigens, ein lebenslanger Kampf: 23 Jahre nach der Ermordung von Claudia López

quelle: enough-is-enough14.org, übersetzt von abc wien



Chile. Aus den unruhigsten Winkeln der Erinnerung rufen wir uns zusammen, sowohl die Genoss*innen, die Claudia aus einer rebellischen Verbundenheit kannten, als auch diejenigen, die sich, ohne sie zu kennen, in ihrer Lebenserfahrung und ihrem Kampf wiedererkennen, um den Kampf gegen das Vergessen fortzusetzen, um dazu beizutragen, dass sich die Geschichte nicht selbst schreibt, um uns in den Strom der Erinnerungen einzureihen, der sich in die Praxis und den Widerstand ergossen hat und sich durch Bibliotheken, soziale Zentren, Aktivitäten, Hausbesetzungen, Straßenkämpfe, Aktionen, Leinwände, Plakate, Wandmalereien und Pamphlete vervielfältigt und ausbreitet.

Ursprünglich veröffentlicht von Dark Nights. Übersetzt von Riot Turtle.

Diesmal aus unserer Sicht, aus unserer Erinnerung, mit Zorn und Schmerz, mit unseren Teil-Niederlagen, aber auch mit den Siegen auf unseren Schultern, wollen wir, weit entfernt von den unbestreitbaren Wahrheiten, eine Übung/Praxis des Erinnerns schaffen und die Schritte zurückverfolgen, die an jenem 11. September 1998 zur Genossin Claudia Lopez führten, Claudia, die mit ihren 25 Jahren in das Viertel La Pincoya ging, wo sie ihr Leben auf der Straße ließ, getötet von Polizeikugeln. Schüsse, die von einem Staat gebilligt werden, der immer im Dienste des Kapitals und den Herrschenden steht. An diesen Tatsachen und an dieser Realität gibt es keinen Zweifel, trotz der journalistischen Schande und der juristisch-polizeilichen Manöver.

Dass die junge Frau in jener Nacht in La Pincoya war, ist nicht dem Zufall oder einem momentanen rebellischen Impuls zu verdanken, sondern einer Entscheidung und einem Weg, der über Jahre hinweg in Kämpfen und Auseinandersetzungen auf der Straße, sowohl an den Universitäten als auch in verschiedenen Städten, sowie in ihrer aktiven Teilnahme an der militanten Koordination, der Bündelung der Kräfte zwischen verschiedenen autonomen Erfahrungen und antistaatlichen Kämpfen verfolgt wurde.

In diesen Jahren ist viel über die politische Militanz der Genossin gesagt worden, die zweifellos nicht in eindeutigen und bestimmenden Kategorien zu verstehen ist, umso mehr, als es eine Zeit war, in der aus einer erfolgreichen Infragestellung eines dogmatischen Marxismus durch diejenigen, die auf die Wiederbelebung einer offensiven Praxis gegen Macht und Kapital setzen, eine Annäherung zwischen Tendenzen eines revolutionären Marxismus, Antikapitalismus und Autonomie, mit dem Anarchismus entsteht. In diesem Raum bewegte sich Claudia, ohne Kompromisse mit Halbtönen einzugehen.

Es waren auch Zeiten, in denen die Nachwirkungen eines ekelerregenden Übergangs spürbar waren; Zeiten, in denen sich ein wilder Kapitalismus konsolidierte, der unter dem Schutz von Gewehren und Militärstiefeln gedeihen konnte und von den damaligen „concertacionista“ Regierungen unterwürfig verwaltet wurde; Zeiten, in denen viele ihre Wachsamkeit in dem Irrglauben aufgaben, dass der Kampf sinnlos sei, sobald die diktatorische Bestie abgelöst sei, und sich nicht damit abfanden, dass dieselben Leute weiterhin in einer Demokratie regierten, die nichts anderes ist als eine verfeinerte Form eines autoritären Regimes. In diesem Zusammenhang haben sich auch viele aus einer aufständischen Klarheit heraus dafür entschieden, eine rebellische und kämpferische Flamme am Leben zu erhalten, um sich einer erstickenden Realität zu stellen, darunter auch Claudia.

Deshalb halten wir, ohne Angst, uns zu irren, die Klarheit von Claudias Weg aufrecht, von den sekundären Kämpfen während der letzten Jahre der Diktatur bis zu den Kämpfen während des demokratischen Übergangs, und für diejenigen von uns, die einen Graben mit ihr geteilt haben, retten wir die Beziehung der Geschwisterlichkeit, die wir geschmiedet haben, indem wir uns durch Affinität organisierten, mit gemeinsamen Zielen, die gleichen Straßen beschreitend, die gleichen Barrikaden verteidigend, die bis heute nicht aufgehört haben, sich zu erheben.

Dreiundzwanzig Jahre sind vergangen, seit die Polizeikugeln den Körper der jungen Frau durchlöchert haben. Heute versuchen wir, fernab von den Netzwerken der Justiz und den Gesängen der Opferrolle, unser Gedenken offensiv und kämpferisch zu gestalten, indem wir verschiedene Generationen vereinen, um dem Kampf gegen die herrschende Ordnung Kontinuität zu verleihen.

Die Erinnerung an die Geschichte von Claudia zu retten, bedeutet nicht nur, eine relativ junge Vergangenheit zu retten, sondern auch, Erfahrungen aus dem Vergessen zu holen, um den Kampf der Gegenwart zu projizieren. Wir versuchen, die Maschinerie der Amnesie zu sabotieren, indem wir den rebellischen Tanz der Genossin überall dort verbreiten, wo Wege der Verleugnung in die Welt der Mächtigen auftauchen. Die Kugeln, die Claudia ermordet haben, ermorden weiterhin verschiedene Genoss*innen und warten immer noch ungeduldig darauf, auf jeden losgelassen zu werden, der den Staat in Frage stellt.

Bald, zum neuen Gedenken an den Polizistenmord, rufen wir jeden Genoss*in, jede Individualität, jedes Kollektiv, jede Gruppe, jede Organisation und jede Initiative auf, ihre eigene Aktivität oder Propaganda in der vielgestaltigen Vielfalt, die die Erinnerung haben kann, zu erheben, indem sie die kollektive Arbeit in die Hand nehmen, damit dieses Datum nicht unbemerkt bleibt.

Aus dieser Koordination heraus rufen wir zu einer Aktivität auf, um unserer im Kampf gefallenen Genossin mit einer Vielzahl von Aktionen am Samstag, den 4. September, zu gedenken und sie in unseren schwarzen Herzen zu behalten. Wir werden von der Wandmalerei, durch das gemeinsame Topf trommeln, Tanz, trova, Workshops, Lesungen und Bands, die unsere Aktion an diesem Tag verbinden wird ausgehen.

Wir rufen auch dazu auf, diese und andere Initiativen zu verbreiten und zu fördern. Von den Straßen von La Pincoya, Santiago Zentrum oder Temuco zu jeder Straße in den Städten anderer Territorien: dass die Erinnerung reisen kann und in die einzig mögliche Sprache übersetzt wird, die des Konflikts mit dem Bestehenden und der schwarzen Erinnerung unserer Herzen, die auch schwarz sind.

23 Jahre nach der Ermordung der Genossin Claudia Lopez

Kämpfende Jugend, permanente Revolte!
– Kali Subversiva
– Memoria Negra

Stgo

Territorium, beherrscht durch den kapitalistischen $hilenischen Staat

August 2021

A 23 AÑOS DE TU ASESINATO
NO OLVIDAMOS
MURAL
OLLA COMÚN
EXPO FOTOS
PASACALLE
TROVA PUNK
ARACELY...
LA FURIA
ALTOIDS
BANDA BONNOT
BUTOH
DANZA
KALI
PUKUTRIÑUKE
ACTIVIDAD LIBRE DE ALCOHOL Y HUMO
14 HRS
PLAZA CLAUDIA LÓPEZ
FRENTE AL SAR LA PINCOYA
4 DE SEPT.
JORNADA CONMEMORATIVA
INVITAN
KALI SUBVERSIVA
MEMORIA NEGRA
TRANSMITE
RADIOULTIMAFRECUENCIA.BLOGSPOT.COM

In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:
28.09.2021: Schreibwerkstatt | 18 Uhr | EKH

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
https://www.abc-wien.net/

[Frankreich] Boris im Krankenhaus: Aktions- und Solidaritätsaufruf

quelle: schwarzerpfeil.de

Seit Samstag morgen, den 7. August, liegt unser Freund und Gefährte Boris in der Station für schwere Brandverletzungen des Krankenhauses von Metz im künstlichen Koma, nachdem es in seiner Zelle gebrannt hat. Da seine Atemwege durch den Rauch und den Ruß stark vergiftet wurden, ist immer noch nicht klar, ob er überleben wird. Sobald es sein Gesundheitszustand erlaubt, soll eine erste Hauttransplantation vorgenommen werden.

Seitdem ist Antony Speciale, Journalist von Lorraine Actu eifrig darum bemüht, die Version des Geschehenen zu übernehmen, die Fadila Doukhi, die Regionaldelegierte der Schließergewerkschaft Force Ouvrière verbreitet hat. Der Priorität gegenüber den Aasgeiern der Presse verpflichtet, wird das Gefängnis sich erst spät am Tag die Mühe machen die Familie zu benachrichtigen, weit nach der Veröffentlichung in der Rubrik Vermischtes. Wenig überraschend werden die Schließer für ihre schnelle Reaktion angesichts dieses Ereignisses, das direkt von einem Jahr Einsperrung produziert wurde, beglückwünscht.

Es ist für uns heute schwer nachzuvollziehen, was geschehen ist. Boris kann sich momentan natürlich nicht selbst dazu äußern, und ganz offensichtlich können wir von den Schließern und der Verwaltung nur Berichte erwarten, die sie von jeder Verantwortung freisprechen.

Wie auch immer die Umstände dieses Vorfalls ausgesehen haben mögen, ist die einzige Gewissheit, dass die Knastverwaltung, die Justiz, ihre Lakaien und ihre Welt verantwortlich sind. Es ist klar, dass in der Gefängniswelt diese „Unfälle" von der Staatsgewalt hervorgebracht werden. Diese Situation ist die Folge der institutionalisierten Folter. Da, wo die Körper eingesperrt sind und ihre Bewegungen genauestens verfolgt werden, sind Feuer in der Zelle manchmal das letzte Mittel seine Ununterworfenheit oder seinen Schmerz hinauszuschreien. Wir zeigen mit dem Finger auf die Wiederholung dieser Vorfälle, die sich regelmäßig in Dramen verwandeln, je nachdem, wie schnell die Schließer eingreifen. Von Villepinte im Juni 2020 über La Santé im Oktober desselben Jahres bis zu Lille-Sequedin im letzten Juli, der Zellenbrand von Boris ist kein Einzelfall.

Seit seiner Verhaftung am 22. September 2020 für die Brandstiftung an zwei Funkmasten im Jura am 10. April 2020 inhaftiert, wurde Boris am 19. Mai 2021 zu einer Strafe von 4 Jahren Knast, davon zwei auf Bewährung, und zu einer Geldstrafe von mehreren hunderttausend Euro verurteilt. Das Gericht hat den Prozess hinter verschlossenen Türen verhandelt, trotz der Abwesenheit und des Antrags auf Vertagung des Prozesses seiner Anwältin. Als Publikum waren alleine zwei Familienmitglieder erlaubt. Unter dem Vorwand von Hygienemaßnahmen wurden Freund.innen und Gefährt.innen am Eingang des Gerichts aufgehalten, während ein Journalist des Est Républicain eine Einladung erhielt um einen Scheißartikel auszubrüten und den Anschein einer Scheinöffentlichkeit der Verhandlung zu wahren.

In einem im Juni aus dem Knast heraus verfassten Brief kommt Boris auf seine Tat und seine Motivationen zurück, die gegen die Kontrollwerkzeuge gerichet waren, wie auch gegen die verheerenden Auswirkungen des Abbaus der benötigten Materialien für die Herstellung dieser Technologien für alles Leben. Er bezeichnet die Überwachungs-, Distanzierungs- und Ausbeutungsgesellschaft als dystopisch, die uns der Kapitalismus und der Staat auferlegt.

Es erscheint uns notwendig die Reichweite der Gedanken und der Handlung von Boris, die ihn in den Knast gebracht haben, so weit und so tief wie möglich zu verbreiten. Mit der gleichen Solidarität, die er in sich getragen hat, als er dieses menschliche und ökologische Desaster angriff. Weil wir uns weigern, angesichts des Gesundheitszustandes und der Inhaftierung unseres Freundes und Gefährten in einem Ohnmachtsgefühl zu verharren, rufen wir dazu auf unserer Solidarität Ausdruck zu verleihen, in dem wir die Venen der Herrschaft und der Knastwelt angreifen.

Die Situation von Boris erinnert uns daran, dass der anarchistische Kampf eine Spannung zwischen der Wut zu leben und diesem System des Todes ist, dass sich fügen lügen heißt [Mühsam, Der Gefangene] und dass wir den Weg des Aufstands wählen anstatt den der Resignation.

Ein Angriff auf eine.n von uns ist ein Angriff auf uns alle!

Lasst uns aufrührerisch und solidarisch sein!

Hilf uns in unserem Kampf gegen die Taliban [Spendenaufruf für Anarchist_innen in Afghanistan]

quelle: schwarzerpfeil.de



Die Taliban sind dabei, die Kontrolle über Afghanistan zu erlangen. Nach mehreren bestätigenden Beweisen kontrollieren sie seit dem 10. Juli 2021 den Großteil Afghanistans.

Mit jeder Provinz und Stadt, die die Taliban erobern, gewinnen sie die Kontrolle über weitere Militärbasen und fortschrittliche militärische Ausrüstung. Was die Taliban letztendlich beabsichtigen, ist eine islamische Regierung ähnlich der ISIS zu bilden. Dass die Taliban mit ihren religiös-reaktionären Ideen und einer Geschichte des Blutvergießens wieder an die Macht in Afghanistan kommen und den Menschen in der Region eine weitere theokratische Regierung aufzwingen wollen, steht im Gegensatz zu den Kämpfen der Menschen für die Freiheit in Afghanistan.

Dieser Krieg der afghanischen Regierung mit den Taliban ist überhaupt nicht wie ein echter Krieg. Es ist mehr wie eine Show. Die Regierung unterstützt die Soldaten an der Front nicht und deshalb können die Soldaten dem Ansturm der Taliban nicht effektiv widerstehen. Während der gescheiterten Friedensverhandlungen ließ die Regierung tausende Taliban-Mitglieder frei, was die Moral und die Stärke der Taliban in der Terrorkampagne erhöhte. Der Staat wird nicht der Retter des Volkes sein.

Die Menschen haben zu den Waffen gegriffen, um sich gegen die Taliban und die alptraumhafte Zukunft eines fundamentalistischen islamischen Staates zu wehren. Doch ihr Kampf wird ständig von kurzsichtigen Staaten und Parteien unterdrückt. Die Vereinigten Staaten unterdrückten jegliche autonome Gruppen unter ihrer „Anti-Aufstands"-Doktrin. Die religiösen und politischen Parteien nutzen die aktuelle Krise, um Menschen zu rekrutieren, um ihre Parteikräfte und ihren Einfluss zu vergrößern. Sie haben gezeigt, wie kurzsichtig und ineffektiv sie gegen die Bedrohung durch die Taliban sind.

Es gibt eine stillschweigende Übereinkunft zwischen den Ländern in der Region und den Vereinigten Staaten, den Taliban die Übernahme Afghanistans zu ermöglichen. Die Taliban behaupteten, dass der Iran und Russland ihren Segen zu einem Islamischen Staat in Afghanistan gegeben haben. Der Iran hat am 7. Juli hochrangige Taliban-Delegationen empfangen und die Taliban haben am 9. Juli den Grenzübergang zwischen dem Iran und Afghanistan erobert, ohne dass es zu einem Konflikt mit iranischen Truppen kam. Trotz dieser aktuellen Krise haben die Länder, die afghanische Geflüchtete aufnehmen, ihren Abschiebeprozess nicht einmal gestoppt. Allein Deutschland hat am Mittwoch, 7. Juli, 27 afghanische Geflüchtete zurück nach Afghanistan abgeschoben. Es scheint, dass die Regierungen der Welt entschlossen sind, die Menschen in Afghanistan unter den Taliban leiden zu lassen oder Sklav_innen ihrer imperialistischen und kapitalistischen Ziele zu sein.

Der Anarchismus in Afghanistan ist jung und unsere Kräfte sind klein, dennoch verfolgen wir verschiedene Wege, um dem Vormarsch der Taliban zu widerstehen, denn es gibt eine kleine revolutionäre Kapazität für eine freie, autonome und demokratische Gesellschaft in Afghanistan, die verteidigt werden muss.

Unsere Priorität ist die Sicherheit unserer Gefährt_innen in Afghanistan. Aufgrund der wachsenden Unsicherheit und Arbeitslosigkeit mussten wir Lebensmittel, Stromgeneratoren, Waffen und andere Dinge beschaffen. Einige unserer Gefährt_innen haben sich jedoch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten sowie geringer Arbeitskraft für die illegale Migration entschieden. Die aktuelle Spendensammlung wird die Bemühungen unserer Gefährt_innen zur Migration unterstützen.



[Belarus] Update zur Situation bezüglich der Repressionen, Juli 2021

quelle: abcdd.org



Seit dem Beginn der Proteste in Belarus, die durch gefälschte Wahlen ausgelöst wurden, ist nun schon fast ein Jahr vergangen. Viele unserer Gefährt*innen sind hinter Gittern, viele mussten das Land verlassen, öffentliche Aktivitäten sind nicht nur für Anarchist*innen unmöglich, sondern auch für alle regimekritischen Vereine und Gruppen. Im folgenden findet ihr ein kurzes Update über die Situation der Repressionen in Belarus mit dem Schwerpunkt auf Anarchist*innen und Antifaschist*innen. Wir werden versuchen, diese Updates am Ende eines jeden Monats zu veröffentlichen.

Repression gegen Anarchist*innen und Antifaschist*innen

Am 2. Juli wurden vier Minsker Antifaschisten verurteilt. Ihnen wurde die Teilnahme an Massenunruhen und der Angriff auf Zivilpolizisten vorgeworfen.

Drei von ihnen berichteten, dass ihnen Gewalt und Folter angetan wurde, um Geständnisse zu erpressen. Vitaly Schischlov und Denis Boltut erhielten 6 Jahre Haft, Timur Pipiya – 6 Jahre und 3 Monate, Tamaz Pipiya – 5 Jahre Gefängnis.

Der Prozess gegen den anarchistischen Blogger Mikalai Dziadok begann am 29. Juni. Ihm werden grobe Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, Aufrufe im Internet zum Sturz des Regimes und der Besitz von Molotowcocktails vorgeworfen (er sagte aus, dass diese bei der Durchsuchung in seiner Wohnung platziert wurden). In seiner Anhörung schilderte Mikalai ausführlich die Folter und Gewalt, die ihm während der Haft angetan wurden, um Passwörter für verschlüsselte Geräte zu erpressen. Der Prozess ist momentan unterbrochen, weil die Verteidigung ein neues Gutachten beantragt hat. Mikalais Blogbeiträge werden auf Extremismusaufrufe untersucht. Die Staatsanwaltschaft hat allerdings beantragt, diese auf Anstiftung zu sozialem Hass gegen Polizisten zu untersuchen – dies könnte zu einem weiteren Verfahren gegen Mikalai führen.

Das Kiewer Berufungsgericht gab einer Klage des belarussischen Anarchisten Aleksei Bolenkow statt und hob die Entscheidung des Geheimdienstes auf, ihn aus der Ukraine auszuweisen. Ein ähnlicher Ausweisungsbeschluss wurde auch für den belarussischen Anarchisten Artur Kondratowitsch aus Ivatsevichy erlassen, der wegen der Verfolgung im Fall der Brandstiftung einer Werbetafel in die Ukraine ausgereist war. Kondratowitsch steht jedoch unter dem internationalen Schutz der UNO, so dass er nicht ausgewiesen werden kann. Am Tag der Verhandlung versammelte sich eine Gruppe Neonazis, die sich für Bolenkows Ausweisung aussprachen, vor dem Gerichtsgebäude und versuchte, ihn anzugreifen. Ein lokaler Journalist wurde dabei verletzt. Die Auseinandersetzung fand auch in der U-Bahn statt.

In der vergangenen Woche wurde die Wohnung des Anarchisten Vladislav Bokhan im Rahmen eines Verfahrens wegen Massenunruhen durchsucht. Nach der Durchsuchung wurde er festgenommen und von der politischen Polizei verhört. Sie stellten ihm Fragen zu den Ereignissen vom August-September 2020, zu Kundgebungen, Aufmärschen und zu Anarchist*innen. Anschließend wurde er auf die Polizeiwache gebracht, wo ihm die Verhaftung seiner Frau angedroht und er gezwungen wurde, eine Anzeige wegen Ungehorsams gegenüber der Polizei zu unterzeichnen. Er wurde aber bis zur Verhandlung freigelassen. Aus Angst um seine Sicherheit und die seiner Frau und Kinder beschloss Bokhan, das Land zu verlassen.

Der Brester Antifaschist Andrei Kazimirow wird trotz des Verbots des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Belarus ausgeliefert. Der Gerichtshof hat vor kurzem die Auslieferung von Kazimirow untersagt, bis sein Fall in der Hauptsache verhandelt wurde, da ihm in Belarus Misshandlung und Folter drohen. Am 29. Juli 2021 beschloss ein Moskauer Gericht jedoch, Kazimirow auf Antrag der belarussischen Behörden auszuliefern.

Am 29. Juli wurden die Anarchisten Yauhen Rubaschka und Aliaksander Bialou in Minsk festgenommen. Yauhen wurde gegen 7 Uhr morgens in der Wohnung, in der er mit seinem Mitbewohner lebte, festgenommen. Beide berichteten von Schlägen und Folterungen, bei denen auch versucht wurden sie mit einer Plastiktüte zu ersticken. Der Mitbewohner wurde später wegen Ungehorsams gegenüber der Polizei für 14 Tage inhaftiert. Yauhen Rubaschka wurde unter Folter gezwungen, die Passwörter für seine Technik preiszugeben. Es ist bekannt, dass Rubaschka und Bialou später im Untersuchungsausschuss nach Artikel 342 des Strafgesetzbuches verhört und als Verdächtige der Organisation von Aktionen, die die öffentliche Ordnung grob verletzen, festgenommen wurden. Offenbar wurde auch die Wohnung von Bialou durchsucht. Sie befinden sich in der Untersuchungshaftanstalt.

Zwei weitere Anarchisten berichteten, dass ihre Wohnungen am selben Tag durchsucht wurden. Sie waren nicht zu Hause, so dass ihre Angehörigen einen Teil der Schikanen abbekamen.

Repressionen Allgemein

Im Juli wurden alle unabhängigen Medien, Menschenrechtsverteidiger*innen und Nichtregierungsorganisationen unterdrückt. Einige Personen wurden inhaftiert, viele flohen aus dem Land. Die meisten NGO´s sind jetzt verboten und die Medien-Websiten sind im Land blockiert.

Unsere Liste der inhaftierten und verfolgten Demonstrant*innen beläuft sich auf 1000 Personen. Die internationale Reaktion auf die Entführung eines Ryanair-Flugzeugs durch Lukaschenko, mit der ein gesuchter Journalist und seine Lebensgefährtin verhaftet werden sollten, erfolgte in Form von Sanktionen und einem Flugverbot nach und aus Belarus. Im Moment ist es fast unmöglich, das Land zu verlassen. Aufgrund der Coronavirus-Beschränkungen dürfen die Menschen das Land nicht auf dem Landweg verlassen (mit Ausnahme einer Reihe von Gründen wie Arbeit, Studium, Krankheit usw.). Gute Verkehrsverbindungen gibt es nur noch mit Russland.

Berichten zufolge wird in den provisorischen Haftanstalten, in denen die Gefangenen mit administrativen Verfahren festgehalten werden, gefoltert – die Menschen erhalten keine Laken oder Matratzen, werden des Schlafs beraubt und mit Chlor vergiftet, das auf dem Boden verteilt wird. Sie erhalten keine Lebensmittelpakete von außen.

Menschen, die ihre Strafe Verbüßung, berichten von schlechter Behandlung und Bestrafungen. Die Anwält*innen können ihre Mandant*innen wochenlang nicht sehen, die Angehörigen sind besorgt. Wenn die Verurteilten versuchen, in Berufung zu gehen, werden ihre Urteile mitunter verschärft.

Die Prozesse gegen wichtige und „regimegefährdende" Politiker*innen sind für die Öffentlichkeit gesperrt. Kürzlich wurde ein ehemaliger Präsidentschaftskandidat zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt, andere stehen derzeit vor Gericht.

Gleichzeitig begann Lukaschenko nach der Verhängung der Sanktionen, das gleiche Spiel wie immer zu spielen, indem er einigen politischen Gefangenen anbot, ein Gnadengesuch zu schreiben.

Es wurden neue Änderungen des Strafgesetzbuches verabschiedet, mit denen die Regeln für die Anrechnung von Tagen in Untersuchungshaft auf die Haftzeit geändert wurden. Nun wird ein Tag Untersuchungshaft als 1,5 Tage Haft in einer Strafvollzugsanstalt und 2 Tage in einer offenen Strafvollzugsanstalt gezählt.

Allein im Juli wurden 107 Personen aufgrund politischer Anschuldigungen verurteilt.

Was geschieht mit dem Protest?

Im Allgemeinen haben die meisten Menschen jetzt Angst, auf die Straße zu gehen, so dass sich die Aktivitäten meist auf kleinere symbolische Aktionen in den Stadtvierteln beschränken. Gleichzeitig wird viel Arbeit geleistet, um internationalen Druck auf das Regime auszuüben, z. B. durch die Absage von Sportveranstaltungen, den Ausschluss von Belarus von der Eurovision und die Ausübung von Druck auf Unternehmen, nicht mit dem Regime zusammenzuarbeiten. Spezielle Teams arbeiten an der Zusammenarbeit mit Staatsbediensteten aus verschiedenen Institutionen, die Veränderungen anstreben, oder versuchen, alle Arbeitnehmer*innen zu vereinen und sie auf einen landesweiten Streik vorzubereiten.

Die Opposition kündigte einen Plan des Sieges an, der vorsieht, dass sich Menschen, die das Regime nicht unterstützen, als handlungsbereite Demonstrant*innen registrieren lassen und Angaben zu ihrem Fähigkeiten usw. machen. Die Initiator*innen hoffen, einen Pool von Menschen aus allen Lebensbereichen zusammenzubekommen, um später Bezugsgruppen auf der Grundlage von gemeinsamen Arbeitsplätzen oder Fähigkeiten zu bilden.

Eine Gruppe namens CyberPartisans hat sich zu einigen Hackerangriffen auf E-Mails und Websites von Behörden bekannt. Sie ließen persönliche Informationen von Polizisten und KGB-Agenten, Videoaufzeichnungen aus Haftanstalten usw. durchsickern.

ABC-Belarus unterstützt Anarchist*innen und Antifaschist*innen, die von der Verfolgung betroffen sind. Auf https://abc-belarus.org findet ihr die Kontodaten um zu spenden.

[Chile] Mónica und Francisco: Gegen Sektierer*innentum – für eine in der Praxis verankerte Affinität

quelle: actforfree.noblogs.org, übersetzung abc wien



Angesichts dessen, was wir als direkte Anfragen an uns sehen, entstand die Notwendigkeit, diesen Text zu schreiben, um die Probleme zu verdeutlichen.

Wie wir bereits mehrfach sowohl individuell als auch kollektiv geschrieben haben, verstehen wir Anarchie nicht als eine Verkörperung oder einen Ort der Ankunft, sondern als eine Spannung, eine ständige Konfrontation in der ersten Person, die die Suche nach individueller Freiheit in den Mittelpunkt stellt. Für uns ist dieser ständige Kampf real, weshalb wir uns heute hinter Gittern befinden. Diese Situation hat uns nicht daran gehindert, uns weiterhin an Kampfinitiativen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Gefängnisses zu beteiligen.

Kurz gesagt, Anarchie ist für uns eine Ethik und eine ständige Praxis gegen die Autorität, eine Praxis, in der wir uns mit anderen (nicht notwendigerweise „Anarchist*innen") getroffen haben und unsere Visionen und Fähigkeiten bereichert und erweitert haben, sowie enge Beziehungen der Komplizenschaft geschmiedet haben, die im Laufe der Jahre und der Konfrontation verstärkt wurden. Die Behauptung, dass diese Beziehungen nur mit denjenigen aufgebaut werden können, die als „Anarchist*innen" bezeichnet werden, ist nicht nur ein Trugschluss, der nur von denen geglaubt werden kann, die es nicht gewagt haben, die Wege des Konflikts zu beschreiten und ihre Zeit vor dem Computer verbringen, sondern etwas, das wir von dem Moment an ablehnen, in dem wir das Knüpfen von Verbindungen dem Wiederholen von leeren Slogans vorziehen, bis man genug davon hat. Sich selbst als „unzerlegbare Anarchist*innen" zu bezeichnen, bedeutet nichts, wenn es nicht von einer konfrontativen Praxis begleitet wird, die es aufrechterhält.

Andererseits – und das ist das Wichtigste – spiegelt die Annahme, dass Anarchist*innen nur mit Anarchist*innen in Beziehung treten sollten, einen absurden Purismus und ein Sektierer*innentum wider, das zweifelsohne Ausdruck von Autoritarismus ist. Koordinierungen und gemeinsame Kampfinitiativen nur zwischen denjenigen zu etablieren, die sich selbst als „Anarchist*innen" bezeichnen, bedeutet, unsere Beziehungen und damit unsere Chancen auf Wachstum stark einzuschränken und zu begrenzen. Es bedeutet, sich dummerweise in Dogmatismen einzuschließen, die uns einschränken und uns an einer freien Assoziation hindern. Wir sehen also, wie einige im Namen der Freiheit genau das Gegenteil anstreben, indem sie Sektenverhalten als Grundlage für Beziehungen festlegen.

Damit wollen wir nicht sagen, dass wir wahllos Beziehungen aufbauen oder keine Art von Filter haben. Wir haben die Punkte, die für uns unumstößlich sind, in früheren Kommuniqués deutlich gemacht; Reue, Distanzierung und Institutionalismus entsprechen einigen roten Linien, die unüberwindbare Aspekte darstellen, die uns daran hindern, irgendeine gemeinsame Initiative mit denen durchzuführen, die sich für solche Wege entscheiden. Wie man sieht, handelt es sich bei diesen Punkten nicht um leere Etiketten, sondern um konkrete Praktiken und Lebensweisen im Gefängnis und nicht nur hier. Reue, Distanzierung und Institutionalismus sind Optionen, die für uns auf einen Schlag unseren gesamten Diskurs und unsere Arbeit zerstören und einen totalen Widerspruch zwischen dem, was gesagt und dem, was getan wird, erzeugen. Nun, für manche ist vielleicht nur das, was im Internet oder in den sozialen Netzwerken gesagt wird oder die aufrührerischen Erklärungen wertvoll oder wichtig. Im Gegenteil, wir stellen die Praxis in den Vordergrund und stellen von dort aus Affinitäten und Brüche her.

Und autoritäre Praktiken sind sicherlich ein Punkt, bei dem wir keine Kompromisse eingehen werden. Wir haben nie kämpferische Beziehungen auf der Grundlage von Autoritarismus aufgebaut, und die Erfahrung der anarchistischen und subversiven Gefangenen ist keine Ausnahme. Die Gemeinsamkeiten, die wir untereinander haben, sind viel stärker als die Diskrepanzen, die wir vielleicht haben, Diskrepanzen, die natürlich keine unüberwindbaren Aspekte darstellen, sonst hätten wir uns von Anfang an aus dieser Initiative zurückgezogen. Die Bande, die uns mit unseren Gefährt*innen verbinden, sind in der Konfrontation innerhalb und außerhalb des Gefängnisses mehr als ein Jahrzehnt lang geschmiedet worden, was für uns eine bereichernde Beziehung und Erfahrung bedeutet hat, die unseren anarchistischen Weg zweifellos genährt, gestärkt und qualifiziert hat.

Heute, in dieser neuen Situation der Gefangenschaft, haben wir unsere Beziehungen noch weiter verstärkt, was sich in dieser gemeinsamen Initiative widerspiegelt, die zwar nicht neu ist, aber im letzten Jahr wichtige Mobilisierungen erfahren hat, die es uns ermöglichen, interessante Szenarien zu entwickeln.

Wie wir in dem Artikel „Über die Notwendigkeit, den Kampf im Gefängnis fortzusetzen" in der Zeitschrift Kalinov MOST 4 bekräftigen, haben wir anarchistischen Gefangenen mit bestimmten Codes innerhalb der Gefängnisse gebrochen, die von den Mitgliedern der bewaffneten linken Gruppen aus den 80er Jahren eingeführt und weitergegeben wurden, Codes, die hauptsächlich mit der Reproduktion der organisch-parteilichen (organic-partisan) Logik innerhalb des Gefängnisses und auch mit der Etablierung eines Überlegenheitsverhältnisses gegenüber dem Rest der Gefängnisinsassen zu tun hatten.

Es versteht sich von selbst, dass unsere Gefährt*innen weit entfernt von und gegen diese Codes sind – in der komplexen Praxis innerhalb des Gefängnisses, nicht in dem bequemen Diskurs, der von irgendeinem Zimmer mit Internetanschluss aus geführt wird. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, subversive Codes am Leben zu erhalten, mit denen wir uns identifizieren und die wir als unverzichtbar erachten, um sie zu übernehmen und zu reproduzieren.

Wir beziehen uns auf eine widerspenstige Haltung und Einstellung gegenüber der Gefängnisinstitution, die eine besondere Identität verleiht, die sowohl von den sozialen Gefangenen als auch von den Gefängniswärter*innen wahrgenommen und Anerkennung findet.

Wir verweisen auch auf die unbestreitbare Tatsache, den Kampf innerhalb des Gefängnisses fortzusetzen, um in der Praxis zu zeigen, dass mit der Inhaftierung nichts zu Ende ist, dass es sich nur um eine weitere Etappe des Kampfes handelt, die mit der Opferrolle und dem Assistenzialismus[1] bricht, die oft im Kampf für die Freiheit der Gefangenen vorhanden sind.

Seit Jahrzehnten haben die Gefährt*innen eine Anti-Knast-Praxis entwickelt und durchgeführt, die über die Mauern hinausgeht, an denen wir auf der Straße beteiligt waren und heute im Gefängnis sind. Dies sind nur einige der subversiven Codes, die wir mit unseren Gefährt*innen teilen, die unsere Bande der Verbundenheit in unserer täglichen Arbeit stärken und uns von jenen distanzieren, die, auch wenn sie sich Anarchist*innen nennen, Wege wählen, die weit vom Kampf entfernt sind oder sich völlig von ihm distanzieren. Was sagen die Purist*innen über jene, die sich „Anarchist*innen" nennen und sich völlig von ihren Ideen und Praktiken distanzieren, wenn sie vor Gericht stehen oder im Gefängnis sitzen? Vielleicht fühlen sie sich mehr mit ihnen verbunden, weil sie dem leeren Etikett den Vorzug geben. Auch hier gilt: Wir bauen Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer Praktiken auf, nicht auf der Grundlage von Worten oder aufrührerischen Beiträgen im Internet.

Schließlich sehen wir die Notwendigkeit, auf die Gefahr des Sektierertums oder des Purismus in unseren Räumen hinzuweisen, die – abgesehen von den oben erwähnten autoritären Beziehungen – zu selbstgefälligen Haltungen führen, die uns nur stagnieren lassen und die Konfrontation nicht vertiefen oder qualitativ verbessern.

Von unserer klaren anarchischen Position aus, die auf ständigem Konflikt und individueller Freiheit basiert, bauen wir Beziehungen und Koordinationen auf, die uns auf dem Weg zur totalen Befreiung stärken und befähigen werden.

Wie die inhaftierten Genossen der „Verschwörung der Feuerzellen" vor einigen Jahren sagten: Solidarität mit den Anarchist*innen und reuelosen Gefangenen aller revolutionären Tendenzen!

HEUTE SAGEN WIR: Freiheit für die Gefährten: Pablo Bahamondes, Marcelo Villarroel, Juan Aliste, Juan Flores und Joaquín García.

Mónica Caballero Sepúlveda. C.p.f San Miguel.
Francisco Solar Domínguez. C.p. Rancagua.

[1] Mit Assistenzialismus im engeren Sinne bezeichnet man heute die karitative klassische Armenfürsorge. Im Wesentlichen liegt der Schwerpunkt darauf, armen Bevölkerungsgruppen, z. B. Straßenkindern, Essen, Kleidung, Medizin und Unterkunft zu geben.
Assistenzialismus im weiteren soziologischen Sinne ist eine Form des Tauschs von Vergünstigungen gegen politischen Konsens. Er weist zwei Aspekte auf: eine expansive Fürsorgepolitik des Staates und das lethargische Warten der regionalen Bevölkerung auf staatliche Hilfe.

[Deutschland] Wieder ein Mord durch den Knast Bützow

quelle: criminalsforfreedom.noblogs.org



Durch Gefangene wurde uns mitgeteilt, dass ein Gefangener am 09.08.21 im Knast Bützow gestorben ist. Wie bei fast allen Verstorbenen in Knästen spricht die JVA von Suizid – aber Gefangene und wir wissen, dass der Gefangene aufgrund der Umstände im Knast beschließen musste, sein Leben zu beenden.

Das Justizministerium MV hält natürlich das Bild des Siuizides aufrecht.

„Am 09. August 2021 ist in der JVA Bützow ein 32-jähriger Strafgefangener tot aufgefunden worden. Er hatte sich am Fenstergitter stranguliert. Sofort eingeleitete Wiederbelebungsmaßnahmen blieben erfolglos. Der alarmierte Notarzt konnte nur noch den Tod des Inhaftierten feststellen. Die Staatsanwaltschaft ist informiert worden."

Knästen gestalten das Leben für Menschen so unerträglich, dass viele oft keinen anderen Ausweg sehen, als dieses zu beenden. Von einem Suizid zu sprechen, welcher impliziert, die Entscheidung sei selbst gewählt, ist angesichts der Tatsache, dass es die Zustände sind, welche Gefangene in den Tod treiben, einfach nur eine wiederliche Falschdarstellung.

Gefangene schrieben uns dazu folgende Zeilen:

„Der Inhaftierte war Heroinabhängig. Er wurde von heute auf morgen in den kalten Entzug geschickt. Von der medizinischen Abteilung hat er weder Medikamente gegen die Schmerzen, noch Schlafmittel bekommen. Dies kann man auch als glatte Körperverletzung bezeichnen.

Nach einem Streit hatte man seinen Zellenkollegen verlegt und ihn allein gelassen, obwohl bekannt war, das er suizidgefährdet war.

Nach dem Tod des Inhaftierten, sei es unmittelbar zu ausfallenden Äußerungen des Personals gekommen. Unter anderem soll ein Bediensteter Gesagt haben, das nun ein Brot mehr am Start sei und ein Junkie weniger der uns Sorge bereitet."

Ein anderer Gefangener aus einem Berliner Knast dazu:
„Tatsache ist jedoch, es wird nur wenig zu den Ursachen benannt und dies hätte aber den Suizid des Inhaftierten erklärt, dass er einfach und mal wieder im Stich gelassen wurde und dies durch die Justiz selbst. Dies sind nun mal die Fakten, die auch wir aus Bützow gehört hatten."
Die sogenannte „Siuzidrate„ in Knästen in der BRD ist mehr als doppelt so hoch im Vergleich zu draußen. Das liegt vor allem daran, dass das gesamte System hinter den Mauern darauf ausgelegt ist, Menschen zu brechen und erniedrigen. Gleichzeitig gibt es für die meisten Menschen hinter Gittern, welche über solch eine Entscheidung nachdenken, keine angemessene psychologische Betreuuung (geschweige denn Entlassung wegen, so laut Gesetz, „Haftunfähigkeit"). Das führt dazu, dass Gefangene über derartige Überlegungen garnicht sprechen und es somit auch oft nicht verhindert werden kann – denn die Äußerung von Suizidgedanken führt in der Regel zu noch mehr Repression, z.B. zum Videoüberwachter Bunker in Totalisolation.

Dass derartige repressive Maßnahmen wenig hilfreich sind erklärt sich von selbst – dass deswegen Knäste generell zerstört werden müssen, auch. Für die Freiheit, für das Leben!

Wir sind in Gedanken und in Trauer bei den Angehörigen und Freunden.



Russland] Zwei Anarchist*innen drohen sechs Jahre Gefängnis für einen Banner Drop

quelle: freedomnews.org, übersetzung abc wien



Zwei jungen Anarchist*innen, Dmitry Tsibukovsky und Anastasia Safonova, drohen sechs Jahre Gefängnis, weil sie (angeblich) ein Transparent in Solidarität mit den Angeklagten im „Netzwerk"-Fall aufgehängt haben.

Den russischen Behörden und niemandem sonst zufolge war das „Netzwerk" eine terroristische anarchistische Organisation, die zwischen 2015 und 2017 in Russland aktiv war. Ihre mutmaßlichen Mitglieder wurden im Februar 2020 vom russischen Militärgericht in der Stadt Pensa aufgrund falscher Anschuldigungen zu Haftstrafen zwischen 6 und 18 Jahren verurteilt. Vor ihrer Verurteilung wurden die inhaftierten Anarchisten gefoltert und misshandelt, um ihnen Geständnisse zu entlocken. Freedom hat in der Vergangenheit bereits ausführlich über diesen Fall berichtet.
Ein weniger bekanntes Ereignis im Zusammenhang mit dem „Netzwerk"-Fall war, dass in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar 2018 aus Solidarität mit den „Netzwerk"-Angeklagten ein Transparent mit der Aufschrift „Der FSB ist der Hauptterrorist" an den Zaun des Gebäudes des russischen Inlandsgeheimdienstes (Föderalen Sicherheitsdienstes, FSB) in der Stadt Tscheljabinsk (West-Zentralrussland) gehängt wurde. Einige Tage später verhaftete der FSB vier Anarchist*innen, die dieser Tat verdächtigt wurden, darunter das Ehepaar Dmitry Tsibukovsky und Anastasia Safonova.
Laut Tsibukovsky war seine Verhaftung brutal: „Sie stießen mich zu Boden, drückten meine Hände schmerzhaft auf den Rücken und legten mir Handschellen an, obwohl ich mich nicht wehrte. Danach schlugen mir die Uniformierten nicht weniger als zehn Mal auf den Oberkörper, den Kopf und den Hals. Sie schlugen mich mit dem Handballen gegen die Weichteile meines Körpers, meinen Hals und traten mir auf den Hinterkopf."

Nach seiner Verhaftung wurde Tsibukovsky vom FSB gefoltert und anschließend gezwungen, ein Geständnis zu unterschreiben. Safonova wurde zwar nicht gefoltert, musste aber mit anhören, wie ihr Partner misshandelt wurde.

Safonova und Tsibukovsky wurden wegen politisch motivierten Vandalismus und Hooliganismus (Artikel 213 Teil 2 des russischen Strafgesetzbuches und Artikel 214 Teil 2 des russischen Strafgesetzbuches) angeklagt und freigelassen. In der Folge wurde das Verfahren gegen das Paar zweimal aus Mangel an Beweisen eingestellt. Im April 2020 wurden sie jedoch erneut verhaftet, als die Bereitschaftspolizei in ihre Wohnung eindrang, und in eine Untersuchungshaftanstalt eingewiesen. Im Juli desselben Jahres wurde die Untersuchungshaft in einen Hausarrest umgewandelt.
Am 30. August 2021 forderte der Staatsanwalt vor dem Zentralen Bezirksgericht von Tscheljabinsk sechs Jahre Haft für Dmitri Tsibukowski und Anastasia Safonowa wegen des angeblichen Aufhängens eines Banners. Ihr Fall wird zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt, und Freedom wird entsprechend darüber berichten.

[Deutschland] Feuerwerk & Farbe für den Lübecker Knast

quelle: de.indymedia.org

gestern nacht haben wir anlaesslich der „week of solidarity with anarchist prisoners" eine einfahrt der jva luebeck eingefärbt und den inhaftierten unsere solidaritaet durch ein bisschen feuerwerk kund getan.

wir moechten klar stellen, dass wir nicht ausschliesslich solidarität mit anarchistischen gefangenen zeigen wollen. knast an sich ist ein scheiss system und ein instrument der herrschenden um unliebsame elemente der gesellschaft auszuschliessen. bestraft werden im knast vor allem diejenigen, die eh schon ganz unten stehen und die angebliche rehabilitation ist auch nur eine nicht funktionierende lüge. durch unsere aktion gestern nacht wollen wir den gefangenen zeigen, dass sie im knast nicht vergessen sind und wir weiterhin einen kampf gegen die bullen und die justiz führen.
für ein leben in freiheit!
feuer allen knaesten!